

Protokoll

über die 22. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Wedel am Montag
dem 06.07.2015, im Sitzungsraum Caudry des Rathauses

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Lutz Degener
Herr Christian Fuchs
Herr Michael C. Kissig
Herr Peter Kramer
Herr Michael Schernikau
Herr Stephan Schwartz

Fraktionsvorsitzender
1. stellv. Bürgermeister, bis 20.30 Uhr
i.V.f. Frau Heidi Garling
i.V.f. Herrn Michael C. Kissig zu TOP 6 und
7.2

WSI:

Herr Dr. Stephan Bakan
Frau Renate Palm

Ausschussvorsitzender
i.V.f. Herrn Andreas Schnieber

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Frau Gertrud Borgmeyer
Herr Olaf Wuttke

Fraktionsvorsitzender

SPD-Fraktion:

Frau Sophia Jacobs-Emeis
Herr Wolfgang Rüdiger

Fraktionsvorsitzende

FDP-Fraktion:

Herr Waldemar Herrmann

Fraktion DIE LINKE:

Herr Dr. Detlef Murphy

Fraktionsvorsitzender

Jugendbeirat:

Herr Christian Koch

Umweltbeirat:

Herr Harm Dorbandt

Verwaltung:



Herr Manuel Baehr	
Herr Rolf Jagemann	
Herr Thomas Jung-Pünjer	
Herr Klaus Lieberknecht	
Herr Dennis Rogalla	
Herr Niels Schmidt	Bürgermeister
Herr Volkmar Scholz	
Frau Rebecca Thoß	
Herr Ralf Waßmann	
Frau Martina Weisser	Schriftführerin

Gäste:

Frau Gudrun Jungblut

Stadtwerke:

Herr Adam Krüppel
Frau Babette Schumacher

Es fehlte entschuldigt:

CDU-Fraktion:

Frau Heidemargret Garling

WSI:

Herr Andreas Schnieber 2. stellv. Bürgermeister

Seniorenbeirat:

Herr Karl-Heinz Camien
Frau Dr. Sigrun Klug

Verwaltung:

Herr Jörg Amelung

Es waren außerdem 2 Personen der örtlichen Presse anwesend.

Um 19.00 Uhr begrüßt der Vorsitzende Herr Dr. Bakan alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung. Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen vor.

Herr Rüdiger für die SPD-Fraktion beantragt, TOP 12.2 - Grundstücksangelegenheit im BusinessPark Elbufer öffentlich zu beraten. Da die Aussprache zu dem Antrag nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein nichtöffentlich zu erfolgen hat, schließt Dr. Bakan die Öffentlichkeit aus.

Herr Schmidt erläutert jetzt, weshalb die Verwaltung die Mitteilungsvorlage nichtöffentlich behandeln möchte. Dieses ist für die HFA-Mitglieder nachvollziehbar.

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her. Nun beschließt der Ausschuss einstimmig:

Beschluss

TOP 10 - 12.2 werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragt Herr Dr. Bakan den für den Umweltbeirat anwesenden Herrn Dorbandt, in welcher Funktion er anwesend ist. Als Gast bzw. Zuhörer im öffentlichen Teil steht es allen Interessierten offen, während des Sitzungsablaufes anwesend zu sein.

Herr Dorbandt antwortet, dass er die Belange des Umweltbeirates vertritt und daher als Beiratsmitglied anwesend ist, insbesondere zu TOP 2 „Anhörung der Beiräte“. Die Entsendung in den HFA erfolgte auf Initiative einer Mitarbeiterin der Stadtverwaltung, die den Umweltbeirat betreut.

In der kurzen folgenden Diskussion wird die Frage in den Raum gestellt, ob der Umweltbeirat überhaupt umweltrelevante Themen im Haupt- und Finanzausschuss einbringen kann. Der HFA ist nicht der zuständige Ausschuss für Umweltangelegenheiten. Das ist bei den Vertretern der gesellschaftlichen Gruppen aus dem Jugend- und Seniorenbeirat anders.

Die Verwaltung sagt Prüfung und Information zu.

- 1.) **Einwohnerfragestunde**
 - 2.) **Anhörung der Beiräte**
 - 3.) **Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 21. öffentlichen Sitzung vom 08.06.2015**
 - 4.) **Schriftliche Anfragen**
 - 5.) **Schriftliche Anträge**
 - 5.1 **Antrag der SPD-Fraktion vom 15.06.2015**
hier: Nutzung von Parkflächen der Discounter und Verbrauchermärkte außerhalb der Öffnungszeiten
 - 5.2 **Antrag der CDU- Fraktion vom 18.06.2015**
hier: Vermarktung der Gewerbegrundstücke BusinessPark Elbufer
Tischvorlage der Verwaltung wird nachgereicht
 - 6.) **Tagesstätte der AWO Ortsverein Wedel e.V.**
hier: Abschluss eines Vertrages und einer Leistungsvereinbarung
Vorlage: BV/2015/053
 - 7.) **Jahresabschluss 2014 der Stadtwerke Wedel GmbH**
-

- 7.1 Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Wedel GmbH
Vorlage: BV/2015/069
- 7.2 Entlastung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Wedel GmbH
Vorlage: BV/2015/070
- 8.) Jahresabschluss 2011
Feststellung des Ergebnisses
Vorlage: BV/2015/074
- 9.) Mitteilungen und Anfragen
 - 9.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 9.2 Öffentliche Ausschreibung zur Wahl der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters
hier: Anfrage Herrn Schniebers in der Sitzung des HFA vom 08.06.2015
Vorlage: MV/2015/066
 - 9.3 Sachstand Internetplattform wedel.de
Vorlage: MV/2015/061
 - 9.4 Möglichkeiten von Wortbeiträgen aus der Zuhörerschaft im Rat und in den Ausschüssen
Vorlage: MV/2015/055
 - 9.5 Entwicklung WEP - mündlicher Sachstandsbericht -
 - 9.6 Anfragen

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

- 10.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 21. nichtöffentlichen Sitzung vom 08.06.2015
 - 11.) Grundstücksangelegenheit im Bereich Breiter Weg
Vorlage: BV/2015/063
 - 12.) Mitteilungen und Anfragen
 - 12.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 12.2 Grundstücksangelegenheit im BusinessPark Elbufer
Vorlage: MV/2015/064
 - 13.) Unterrichtung der Öffentlichkeit
-

Öffentlicher Teil:**1.) Einwohnerfragestunde**

Herr Jens Wilke ist Anwohner im Stadtteil Elbhochufer. Er schildert kurz die prekäre Parkplatzsituation im dortigen Bereich. Er führt aus, dass er versucht hatte, mit der Geschäftsführung des Verbrauchermarktes Netto eine Regelung zu treffen, damit die Anwohner am Abend nach Geschäftsschluss auf dem Netto-Parkplatz parken könnten. Leider ist Netto nicht kooperativ.

Er stellt die folgenden Fragen:

1. Gibt es generelle Überlegungen, inwieweit die Parkplatzsituation verbessert werden könnte?
2. Weiß die Stadt, ob anderen Kommunen bereits erfolgreich Vereinbarungen mit Verbraucher-, Bau- oder sonstigen Märkten hinsichtlich der Parkplatzmöglichkeiten getroffen haben? Ist beabsichtigt, dieses zu prüfen?
3. Ist es möglich, dass sich Stadt und Einwohnerschaft an einen Tisch setzen und gemeinsam Lösungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Parkplatzsituation entwickeln ?

Der Bürgermeister antwortet, dass die desolate Parkplatzsituation im Bereich Elbhochufer bekannt ist. Prüfungen haben ergeben, dass es aufgrund der dortigen Strukturen keine Möglichkeiten gibt, auf privatem oder öffentlichem Grund weitere Parkflächen zu schaffen. Auch die Stadt hat Gespräche mit der Geschäftsleitung von Netto geführt. Aber diese ist nicht entscheidungsbefugt. Die ablehnende Entscheidung wurde im Mutterkonzern getroffen.

Die Idee, zusammen mit den Einwohnern ein Brainstorming durchzuführen, um Lösungen zu finden, lehnt Herr Schmidt nicht ab, er weist aber darauf hin, dass aufgrund der Grundstücksverhältnisse im Elbhochufergebiet keine kurzfristigen Lösungen erwartet werden können.

Weitere Fragen werden nicht gestellt.

2.) Anhörung der Beiräte

Herr Dr. Bakan entschuldigt Frau Dr. Klug, die heute nicht anwesend ist.

Herr Koch vom Jugendbeirat informiert die Anwesenden über die derzeitige Arbeit des Jugendbeirates. Insbesondere formuliert der Jugendbeirat gerade Ziele für 2016. Außerdem soll das ausgefallene Sportturnier noch einmal organisiert werden.

Herr Dorbandt vom Umweltbeirat hat keine Informationen für die Ausschussmitglieder.

3.) Protokollgenehmigung, hier Protokoll der 21. öffentlichen Sitzung vom

08.06.2015

Herr Kissig bittet, auf Seite 6 das Abstimmungsergebnis zum CDU-Antrag zu ändern in: 5 Ja-, 7 Nein Stimmen und 1 Enthaltung.

Da es keine Änderungswünsche zum nichtöffentlichen Teil des Protokolls gibt, beschließt der Ausschuss über das gesamte Protokoll mit 10 : 0: 3 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen:

Beschluss

Das Protokoll wird mit der Änderung zum Abstimmungsergebnis auf Seite 6 genehmigt.

4.) Schriftliche Anfragen

Es gibt keine schriftlichen Anfragen.

5.) Schriftliche Anträge**5.1.) Antrag der SPD-Fraktion vom 15.06.2015**

hier: Nutzung von Parkflächen der Discounter und Verbrauchermärkte außerhalb der Öffnungszeiten

Herr Rüdiger trägt den Antrag für die SPD-Fraktion vor. Dieser ist dem Protokoll als Anlage beigelegt. Er führt weiter aus, dass der Vertrag zwischen dem bisher tätig gewesenem Abschleppunternehmen und der Rewe-Group, wozu auch Netto gehört, ausgelaufen ist. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um mit der Rewe-Group hinsichtlich einer Parkplatznutzung zu reden. Netto hat erklärt, dass nicht alle Parkflächen benötigt werden.

Herr Kissig stellt Herrn Rüdiger die Frage, weshalb der Antrag heute im HFA gestellt wird. Es handelt sich bei diesem Thema um eine klassische Aufgabe des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses. Und genau dieser Ausschuss hat am letzten Donnerstag über den Antrag diskutiert und diesen mit sehr großer Mehrheit abgelehnt. Es hat sich zwischen dem letzten Donnerstag und dem heutigen Montag nichts an der Situation geändert.

Herr Dr. Murphy erklärt, dass sich für ihn doch etwas geändert hatte. Im UBF-A wurde übereinstimmend festgestellt, dass man mit einer weiter gehenden Behandlung des

Antrages schlafende Hunde wecken würde. Daher auch die große Mehrheit bei der Ablehnung zu dem Antrag. Heute würde er für die Linke-Fraktion aber zustimmen.

Herr Kissig wiederholt seine Auffassung, dass es trotzdem nach wie vor ein Thema für den UBF-A und nicht für den HFA ist.

Herr Dr. Bakan unterstützt die Aussage von Herrn Kissig. Wenn es neue Erkenntnis geben sollte, müsste sich der UBF-A wieder mit dem Thema befassen, aber nicht der HFA.

Herr Wuttke regt mit Blick auf die SPD an, den Antrag heute zurückzuziehen, diesen konkreter, nur bezogen auf den Netto-Parkplatz, neu zu formulieren und erneut im UBF-A einzubringen. Damit wären auch die Bedenken von Herrn Kissig ausgeräumt. In der jetzt vorliegenden Form, wonach mit allen Märkten in Wedel Gespräche hinsichtlich einer Parkplatznutzung erfolgen sollen, würden die Grünen auch nicht zustimmen.

Herr Dr. Bakan unterstützt jetzt auch die Anregung von Herrn Wuttke.

Herr Rüdiger erklärt, dass die SPD den Antrag zurückzieht, neu formulieren und erneut im UBF-A einbringen wird.

5.2.) Antrag der CDU- Fraktion vom 18.06.2015
hier: Vermarktung der Gewerbegrundstücke BusinessPark Elbufer
Tischvorlage der Verwaltung wird nachgereicht

Herr Kissig bringt den Antrag für die CDU-Fraktion ein. Dieser ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Dr. Bakan merkt an, dass die in der Tagesordnung zu diesem TOP angekündigte nachgereichte Vorlage der Verwaltung fehlt. Herr Schmidt bestätigt dieses. Er hat die hierzu gefertigte Mitteilungsvorlage nicht freigegeben, weil diese zu lang war. Er führt sodann aus, dass die Verwaltung sich nicht verschließen will gegen die Vermarktung durch Dritte. Wichtig ist ihm, dass die Stadt das letzte Wort in der Entscheidung behält.

Herr Baehr zeigt in einer kurzen Zusammenfassung die Entwicklung der Fläche BusinessPark Elbufer auf, für die der Stand 33 im Herbst erreicht sein wird. Ab dann braucht die Verwaltung Unterstützung für die Vermarktung. Die vor 1 Jahr hierzu beantragte halbe Stelle ist im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen weggefallen. Grundsätzlich sieht Herr Baehr die nötige Kompetenz für eine professionelle Vermarktung in seinem Fachdienst. Wichtig wäre eine personelle Unterstützung. Es muss seines Erachtens kein Vermarkter von außen beauftragt werden. An die CDU stellt er die Frage, welche speziellen Vermarkter die CDU sich vorstellt.

Herr Kissig macht deutlich, dass er die Kompetenzen des Fachdienstes nicht anzweifelt. Allerdings glaubt die CDU, so Herr Kissig, dass es Vermarkter mit großer Expertise und entsprechenden internationalen Kontakten gibt, die allerdings nicht für



das Geld einer halbe Stelle nach TVÖD-Tarif arbeiten würden. Und genau an einen solchen Vermarkter denkt die CDU. Um die ganz großen „Big Points“ zu bekommen, muss man die ran lassen, die mit eben diesen Big Points auch im Gespräch sind. Entsprechende Kontakte können die städtischen Mitarbeiter nicht aufweisen, was nachvollziehbar ist. Außerdem wäre die Beauftragung eines Vermarkters auch zeitlich begrenzt.

Herr Dr. Murphy stellt die Frage in den Raum, warum denn die Vermarktung so schleppend voran geht. Liegt es vielleicht an dem nachbarschaftlichen Streit bis hin zu einem Normenkontrollverfahren mit dem Nachbarn Hamburg? Oder liegt es an dem in der unmittelbaren Nachbarschaft liegenden Großkraftwerk? Oder vielleicht an der zur Zeit noch fehlenden verkehrlichen Anbindung? Das sind Faktoren, die die Verwaltung jetzt nicht ändern kann. Aber auch ein mit Expertisen behafteter Vermarkter kann diese Faktoren nicht ändern. Ihm kommt der Antrag der CDU eher vor, als bestände ein Misstrauen gegen die Arbeit der Verwaltung in Bezug auf die Vermarktung. Die Linke-Fraktion wird dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Schmidt erklärt noch einmal ausdrücklich, dass die Verwaltung grundsätzlich gar nichts gegen den Einsatz eines international tätigen Vermarkters hat, die Verwaltung möchte bei der Entscheidung aber das letzte Wort behalten.

Herr Dr. Bakan erklärt, dass die WSI eine Unterstützung von außen auch für vernünftig hält, er stimmt aber auch Herrn Dr. Murphy zu hinsichtlich der zur Zeit nicht abänderbaren begleitenden Faktoren. Die WSI hält eine internationale Vermarktung zum jetzigen Zeitpunkt für zu früh.

Herr Wuttke stellt an die CDU und die Verwaltung die Frage, an welche Art der Bezahlung bei Beauftragung eines internationalen Vermarkters gedacht wird. Um welche prozentuale Größenordnung soll es gehen? Um welchen Betrag würde eine ausgehandelte Provision den Einnahmeerlös schmälern? Antworten hierzu würden die Grünen gerne vor einer Entscheidung haben wollen. Allerdings, so Herr Wuttke, stehen auch die Grünen einer Vermaktung durch Dritte positiv gegenüber. Er schlägt vor, dass die Fragen jetzt während der Sommerpause geklärt werden und eine Entscheidung nach der Sommerpause auf Grundlage der dann vorhandenen Erkenntnisse erfolgt.

In der weiteren Diskussion erklärt auch Herr Schernikau noch einmal, dass der Antrag nicht aufgrund von Misstrauen gegen die Arbeit der Verwaltung gestellt worden ist. Die CDU möchte vielmehr die Vernetzung internationaler Vermarkter nutzen. Damit besteht auch die Möglichkeit eines zukünftigen größeren Branchenmixes.

Herr Schmidt fragt jetzt aufgrund der bisher abgegebenen Wortbeiträge, ob er den Antrag der CDU richtig verstanden habe, indem er davon ausgeht, dass der Antrag erfüllt bzw. umgesetzt wäre, wenn die Stadt einen externen Vermarkter fände, der neben der weiteren eigenen Vermarktung tätig werden würde. Dieses wird von Herrn Schernikau bejaht.

Herr Herrmann wirft ein, dass seines Erachtens mit der Vermarktung nicht zu spät begonnen werden sollte. Er ist dafür, dass die Vermarktung auch bei der Stadt liegen sollte, hält den Antrag der CDU-Fraktion aber für angebracht, um externen Sachverstand dazuzukaufen.

Herr Kissig meint, dass die Stadt, wenn sie mit Hilfe eines externen Vermarkters exzellente Steuerzahler nach Wedel bekäme, die mit Sicherheit auch höhere, aber

einmalige Provisionszahlung verkraften könnte. Der CDU geht es heute um eine Grundsatzentscheidung. Rahmenbedingungen hat die CDU in ihrem Antrag zum jetzigen Zeitpunkt auch gar nicht gefordert oder formuliert. Hintergrund für den Antrag war der Wunsch der Verwaltung nach einer personellen Verstärkung für die Vermarktung.

Herr Dr. Murphy erklärt, dass nach seiner Auffassung erst die von der Verwaltung angekündigte längere Mitteilungsvorlage mit den enthaltenden Informationen vorliegen sollte. In dieser sollte auch etwas zu den Einflussmöglichkeiten der Stadt bei Beauftragung eines externen Vermarkters gesagt werden. Es sollten auch rechtlich ausgewogene Aussagen in der Mitteilungsvorlage enthalten sein, welche Auswirkungen auf die eigene Vermarktung die Beauftragung eines Externen mit sich bringen würde.

Herr Schmidt kann sich eine Beauftragung auf Honorarbasis nicht vorstellen, wohl aber auf Provisionsbasis. Wenn das möglich wäre und die Stadt die Entscheidungshoheit behielte, was vertraglich festzulegen wäre, könnte er mit der Beauftragung eines externen Vermarkters gut leben.

Herr Baehr wirft ein, dass nach seiner Auffassung allein auf Provisionsbasis kein Vermarkter für einen längeren Zeitraum gewonnen werden könnte. Denn beim Verkauf der Flächen durch die Stadt stünde nicht nur der Kaufpreis im Vordergrund, sondern vor allem auch städtebauliche Gesichtspunkte, die Architektur der Planungen und Branche, Größe und Zukunftsfähigkeit der interessierten Unternehmen.

Herr Dr. Bakan stellt Herrn Schmidt die Frage, ob nach der heutigen längeren Aussprache alles gesagt ist oder ob die nicht verteilte Mitteilungsvorlage noch weitere Inhalte enthält, die heute nicht zur Sprache gekommen sind.

Herr Schmidt antwortet, dass in der Vorlage noch einige Aussagen zur WEP und deren Beteiligungsmöglichkeiten enthalten sind.

Den bisherigen Diskussionsverlauf versteht er jetzt als Auftrag an die Verwaltung, ein Konzept vorzulegen, dass neben der eigenen Vermarktung auch die Beauftragung eines externen Vermarkters vorsieht.

Herr Rüdiger erklärt für die SPD-Fraktion, dass diese noch Änderungswünsche zur Formulierung des CDU-Antrages hat.

Anstelle von „Die Grundstücke des BusinessPark Geländes... vermarkten zu lassen“ soll es heißen „Das gesamte Gelände des....“ Und anstelle von „Gewerbegrundstücke“ soll es heißen „Gewerbebetriebe“.

Herr Kissig erwidert, dass die erste Umformulierung bedeuten würde, dass auch alle Straßen und sonstige Infrastruktur mit verkauft werden müsste. Bei den Gewerbegrundstücken könnte er damit leben, dass es heißen würde „Gewerbegrundstücke und -betriebe“

Herr Rüdiger erklärt, dass der Vorschlag von Herrn Kissig auch für die SPD ok ist. Den ersten Änderungswunsch zieht die SPD zurück. Beim zweiten folgt die SPD dem Vorschlag von Herrn Kissig.

Damit ist der Antrag jetzt wie folgt formuliert:

„Die Grundstücke des BusinessParks Elbufer sind durch einen auf Gewerbegrund und - betriebe spezialisierten externen Grundstücksvermittler vermarkten zu lassen.“

Der Ausschuss beschließt über den Antrag mit 10:3:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Antrag wird angenommen.

**6.) Tagesstätte der AWO Ortsverein Wedel e.V.
hier: Abschluss eines Vertrages und einer Leistungsvereinbarung
Vorlage: BV/2015/053**

Vor der Beratung und Beschlussfassung zu diesem TOP verlassen Frau Palm und Herr Kissig wegen Befangenheit den Sitzungsraum. Für Herrn Kissig nimmt Herr Schwartz als sein Vertreter den Platz ein. Es sind damit 12 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Schmidt führt kurz in den Beratungsgegenstand ein. Aus seiner Sicht ist das Verhandlungsergebnis sehr ausgewogen.

Frau Jacobs-Emeis stellt folgenden Änderungsantrag zum Sonderkündigungsrecht:

Antrag

II.) Protokollnotiz zu § 7 Abs. 2 des o.g. Vertrages:

Dieses Sonderkündigungsrecht...nicht zulässt. "Eine wirtschaftliche Notlage ist eine Situation, in der der Rat aufgrund äußerst eingeschränkter finanzpolitischer Spielräume eine neue Priorisierung der Haushaltsmittel beschließt."

Herr Wuttke für die Bd.90/Grüne-Fraktion führt aus, dass seine Fraktion den Vertrag für unausgewogen hält. Der Vertrag ist eine untypische Bevorzugung gegenüber anderer Verbände und Bereiche. Mit welchen anderen Trägern hat die Stadt zuletzt einen Vertrag mit einer 10-jährigen Geltungsdauer geschlossen? Außer bei den Personal und Energiekosten gibt es keine Deckelung. Man muss sich auch fragen, was ein „Akut-Bedarf“ ist. Das ist aus Sicht der Grünen interpretationsfähig und müsste genauer formuliert werden. Zu den Personalkosten von 80 Tsd € stellt Herr Wuttke fest, dass die Kräfte, um die es geht, alle keine Fachkräfte aus dem sozialen Bereich sind. Kann ein derart großer Betrieb wie die AWO überhaupt ohne Fachkräfte arbeiten? Ist das unter dem Aspekt der Qualitätssicherung richtig, ohne Fachkräfte auskommen zu wollen?

Herr Degener wundert sich, dass hier und jetzt Angelegenheiten des Sozialausschusses diskutiert werden sollen. Auch im Sozialausschuss gab es Fragen zur

Qualifikation der Mitarbeiterschaft. Es gab aber keine Einwände dagegen, dass z.B. Verwaltungskräfte, Fahrer und Hausmeister keine sozialpädagogischen Fachkräfte sein müssen. Die Mehrheit der Ausschussmitglieder des Ausschusses für Jugend und Soziales war sich einig, dass außerdem die AWO selbst für die kompetente Arbeit der eingestellten Kräfte zuständig sein soll. Es irritiert ihn und ärgert ihn auch, so Herr Degener weiter, dass durch den heutigen Wortbeitrag der Grünen die Arbeit des Fachausschusses als inkompetent dargestellt wird. Andernfalls gäbe es keinen Grund für eine diesbezügliche Debatte im HFA.

Herr Degener stellt sodann für die CDU-Fraktion den folgenden Änderungsantrag:

Antrag

In Anlage 2 soll es beim 1. Spiegelstrich heißen „In 2015 Ersatz der Heizung bis zu Kosten 30.000,--€“

Beim 2. Spiegelstrich soll es heißen „In 2016 Sanierung von Räumen der AWO-Tagesstätte wie „Wintergarten“ und „vor dem Wintergarten“, Kosten ca. 30.000,--€.

Herr Dr. Murphy geht auf den Wortbeitrag von Herrn Wuttke ein und erwidert, wenn schon Gleichbehandlung, dann aber nach oben anpassen und nicht nach unten.

Die Linken werden dem Antrag der CDU zustimmen.

Der Bürgermeister bezieht sich auch auf den Wortbeitrag von Herrn Wuttke. Er erinnert daran, dass der Vertrag mit der AWO im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsüberlegungen gekündigt wurde und eine neue Verhandlung damit erforderlich wurde. Von Anfang an waren die Prüfdienste einbezogen. Der Ausschuss hat sich mit deutlicher Mehrheit für eine Laufzeit von 10 Jahren ausgesprochen und die Gleitklausel bezieht sich nur auf die Personal-, nicht auf die Betriebskosten. Zur Formulierung „Akut-Bedarf“ erklärt Herr Schmidt, dass um diese Formulierung lange gerungen wurde. Diese bezieht sich auf eine ggf. erforderliche Eilentscheidung des Bürgermeister, um, übertrieben gesagt, den Zusammenbruch der Gebäude zu vermeiden.

In der weiteren Aussprache erklärt Herr Dr. Bakan für die WSI, dass diese inkl. des Änderungsantrages von Herrn Degener zustimmen wird. Auch Herr Herrmann erklärt die Zustimmung für die FDP-Fraktion.

Frau Jungblut geht auf die Äußerungen Herrn Degeners ein und erklärt, dass sie diesen nicht zustimmen kann. Es wurde gesagt, dass es zum Thema AWO-Vertrag eine 2. Lesung geben sollte, was aber nicht der Fall war. Mit dem 10-Jahres-Vertrag verschließt sich die Stadt die Chance, auf die gesellschaftlichen Veränderungen einzugehen. Es war daher ihr Wunsch gewesen, in diesem Zusammenhang z.B. über ein Mehrgenerationenhaus zu diskutieren.

Frau Borgmeyer führt aus, dass die Grünen beantragt hatten, die Laufzeit des Vertrages auf 5 Jahre festzulegen. Da sie weiterhin eine 5-jährige Laufzeit bevorzugt, wird sie sich heute der Stimme enthalten.

Der Ausschuss beschließt jetzt über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Erläuterung der wirtschaftlichen Notlage) mit 4:8:0 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen):

Beschluss

Der Antrag wird abgelehnt.

Nun beschließt der Ausschuss über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion einstimmig:

Beschluss

Der Antrag wird angenommen.

Jetzt beschließt der Ausschuss über die Beschlussvorlage Nr.53/15 inkl. der soeben beschlossenen Änderung mit 10:1:1 Stimmen (ja/nein/Enthaltungen), dem Rat zu empfehlen:

Beschluss

Der Rat beschließt, mit der Arbeiterwohlfahrt Ortsverein Wedel e.V. den Zuschussvertrag einschl. Leistungsvereinbarung zum Betrieb der AWO-Tagesstätte abzuschließen.

Frau Palm und Herr Kissig sind wieder im Sitzungsraum, der Vorsitzende unterrichtet sie über das Beschlussergebnis.

7.) Jahresabschluss 2014 der Stadtwerke Wedel GmbH

7.1.) Feststellung des Jahresabschlusses der Stadtwerke Wedel GmbH Vorlage: BV/2015/069

Herr Dr. Bakan begrüßt Frau Schumacher und Herrn Krüppel zu den beiden folgenden Tagesordnungspunkten. Frau Palm verlässt den Sitzungsraum. Nachdem Herr Krüppel einige Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet hat, beschließt der Ausschuss einstimmig, dem Rat zu empfehlen:

Beschluss

Der Rat beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, als Gesellschaftervertreter zu beschließen,

den Jahresabschluss der Stadtwerke Wedel GmbH zum 31.12.2014 in der von der Geschäftsführung aufgestellten und vom Abschlussprüfer geprüften Fassung

festzustellen.

**7.2.) Entlastung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Wedel GmbH
Vorlage: BV/2015/070**

Vor Beratung und Beschlussfassung zu diesem TO verlassen Frau Borgmeyer, Herr Fuchs und Herr Kissig aus Gründen der Befangenheit den Raum. Frau Palm ist bereits abwesend. Herr Schwartz nimmt den Platz für Herrn Kissig als sein Stellvertreter ein, Herr Lüchau nimmt als Stellvertreter von Herrn Fuchs dessen Platz ein. Es sind damit 11 Stimmberechtigte anwesend.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Rat zu empfehlen:

Beschluss

Der Rat beschließt, den Bürgermeister zu beauftragen, als Gesellschaftervertreter zu beschließen,

den Aufsichtsrat der Stadtwerke Wedel GmbH für das Wirtschaftsjahr 2014 zu entlasten.

Alle Befangenen sind wieder anwesend und nehmen ihre Plätze ein. Der Vorsitzende unterrichtet sie über das Beschlussergebnis.

**8.) Jahresabschluss 2011
Feststellung des Ergebnisses
Vorlage: BV/2015/074**

Nachdem Herr Scholz einige Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet hat, beschließt der Ausschuss einstimmig, dem Rat zu empfehlen:

Beschluss

Der Rat beschließt den Jahresabschluss 2011, den Lagebericht sowie den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2011 der Stabsstelle Prüfdienste.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 481.034,43 € wird der Ergebnisrücklage zugeführt.

9.) Mitteilungen und Anfragen



9.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und PrüfaufträgenInformation der Gremien bei Umwidmung von Haushaltsmitteln

Herr Jagemann bezieht sich auf die im letzten HFA aufgekommene Frage, ab welcher Summe bzw. Größenordnung die Gremien bei Umwidmungen von Haushaltsmitteln innerhalb der Budgets informiert werden sollten. Er erklärt, dass sich Herr Amelung und er auf einen Betrag von 15.000,- € geeinigt hatten, ab dem ab sofort die Gremien über Umwidmung von Haushaltsgeldern informiert werden müssen. Dieses, so Herr Jagemann, gewährleistet eine pragmatische Haushaltsbewirtschaftung, wird aber dem Informationsbedürfnis der Gremien gerecht.

Auf Nachfrage erklärt Herr Schmidt, dass es sich um eine Selbstbeschränkung der Verwaltung handelt, er wird eine entsprechende Dienstanweisung erstellen. Ein Beschluss der Gremien ist nicht erforderlich.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich für diesen Vorschlag aus.

9.2.) Öffentliche Ausschreibung zur Wahl der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters

hier: Anfrage Herrn Schniebers in der Sitzung des HFA vom 08.06.2015

Vorlage: MV/2015/066

Herr Dr. Bakan fragt zu Beginn der Beratung zu diesem TOP, ob das Versäumnis der Verwaltung, vor Veröffentlichung der Ausschreibung nicht den HFA eingebunden zu haben, rechtliche Auswirkungen hat. Dieses wird verwaltungsseitig verneint. Herr Waßmann erklärt, dass der Text aus der letzten Ausschreibung übernommen wurde. Seinerzeit war der Ausschuss beteiligt. Wenn gewünscht, kann die Ausschreibung in der vom HFA gewünschten Form wiederholt werden.

Herr Dr. Bakan regt an, dass die Verwaltung sich eine Checkliste anlegen sollte, um zukünftig derartige Versäumnisse zu vermeiden.

Herr Dr. Murphy bedauert es kompetenzbezogen und inhaltlich sehr, dass der Ausschuss nicht beteiligt wurde. Der Linke-Fraktion gefällt im Ausschreibungstext z.B. die Einschränkung nicht, dass Erfahrungen auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung vorhanden sein soll. Er hat hierzu einmal gegoogelt und hat festgestellt, dass bei keiner der anderen Städte in Schleswig-Holstein diese Einschränkung vorgenommen wurde.

Frau Jacobs-Emeis schließt sich den kritischen Anmerkungen Herrn Dr. Murphys an. Auch die SPD ist nicht amüsiert.

Herr Kissig ist dagegen, für eine 2. Ausschreibung jetzt viel Geld auszugeben, kritisiert aber auch, dass die Verwaltung den HFA nicht einbezogen hat.

Herr Waßmann schlägt vor, dass die Verwaltung die Änderungswünsche des Ausschusses heute mitnimmt und den Ausschreibungstext entsprechend ändert. Zur nächsten Ausschusssitzung, das wäre nach der Sommerpause, legt die Verwaltung den geänderten Formulierungsvorschlag vor.

Herr Jung-Pünjer schlägt vor, dass die heute vorgebrachten Änderungswünsche sofort übernommen werden könnten und die Stellenanzeige auf wedel.de umgehend geändert bzw. angepasst wird. Die Anzeige war nur in den amtlichen Bekanntmachungsblättern nach der Hauptsatzung und auf wedel.de veröffentlicht. Hiermit sind die Ausschussmitglieder einverstanden.

Nach kurzer weiterer Diskussion erzielt der Ausschuss Einvernehmen, dass in der Stellenanzeige wie folgt 1 Änderung erfolgen soll:

Im Absatz, der beginnt mit:

„Gesucht wird eine dynamische....“ Soll im 1. Satz nach dem Wort „Verwaltung“ folgender Zusatz eingefügt werden:

„..., der Privatwirtschaft oder der Vereine und Verbände....“

9.3.) Sachstand Internetplattform wedel.de Vorlage: MV/2015/061

Herr Rüdiger stellt zu Beginn der Beratung zu diesem TOP die folgenden Fragen:

„Wie ich der Mitteilung entnommen habe, haben sich die Erträge aus der Vermarktung der web-Seite www.wedel.de positiv entwickelt. Sie sind im Vergleich zu 2012 um 70 % gestiegen.

1. Was bedeutet das - erwirtschaftet damit die Stadt Wedel einen finanziellen Überschuss? Warum will man das weiter ausbauen, man will doch nur die Öffentlichkeit informieren und kein wirtschaftliches Unternehmen daraus machen? Im Vergleich zu anderen Städten benutzen sie als Informationsportal für die Bürger und Bürgerinnen der Stadt und für interessierte auswärtige Besucher z. B. für Informationen zu Stadtfesten, Weinfesten usw.
2. Ich habe gehört, dass Vereine und Verbände in Wedel teilweise Probleme haben Informationen einzustellen und sie müssen darum kämpfen. Ist das der Verwaltung bekannt?
3. Erhält das Kommunika-Team - die für die Artikelgestaltung und Erstellung von Werbeinhalten Verantwortung tragen - eine Zahlung von den im Artikel beworbenen Firmen? Müsste dieses dann nicht als Anzeige gekennzeichnet werden?“



Herr Schmidt sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu. Frau Thoß zeigt in einem kurzen Vortrag die Entwicklung von wedel.de auf und welches die nächsten Schritte sein werden.

Frau Borgmeyer erklärt, dass nach ihrem Eindruck bestimmte Themen gar nicht auf wedel.de nachzulesen sind bzw. nicht viele Vereine, Verbände usw. z.B. den Terminkalender nutzen. Sie würde sich einen workshop zum Thema Öffentlichkeitsarbeit wünschen. Schon bei der damaligen Festlegung u.a. des Handlungsfeldes „Öffentlichkeitsarbeit“ wurde erkannt, dass dieses Bereich optimiert werden müsste. Ihr ist auch aufgefallen, dass die einzelnen Fachbereiche sich sehr unterschiedlich mit mehr oder weniger Informationen darstellen.

Frau Thoß erklärt, dass gerade beim Veranstaltungskalender, der für alle kostenlos bereitgestellt wurde, die Verwaltung auf die Informationen von Dritten angewiesen ist. Wenn diese ihre Veranstaltungen nicht mitteilen, können sie auch nicht von der Stadt eingestellt werden.

Herr Schmidt erklärt, dass er der Kritik folgen kann, auch er ist nicht immer mit der Öffentlichkeitsarbeit zufrieden. Er nimmt die Anregung von Frau Borgmeyer auf und schlägt vor, das Thema als eigenen TOP in die Tagesordnung des HFA aufzunehmen und diesen zum Anlass zu nehmen, im HFA über das Thema Öffentlichkeitsarbeit einmal ausführlicher zu diskutieren. Er weist darauf hin, dass eine Ressourcenerweiterung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit aber auch mit Kosten verbunden sein würde.

Nach kurzer weiterer Diskussion nimmt der Ausschuss die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9.4.) Möglichkeiten von Wortbeiträgen aus der Zuhörerschaft im Rat und in den Ausschüssen **Vorlage: MV/2015/055**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage nach kurzer Aussprache zur Kenntnis.

9.5.) Entwicklung WEP - mündlicher Sachstandsbericht -

Herr Schmidt informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass der Landrat die Bürgermeister zu einem Treffen eingeladen hat. Vorgestellt werden soll die neue Strategie der WEP. Er wird aus diesem Treffen berichten. Der Ausschuss sollte nach seinen Vorstellungen dann entscheiden, ob und inwieweit die Stadt mit der WEP zusammenarbeiten will.

9.6.) Anfragen

Parkplatzüberwachung im Stadtgebiet

Herr Wuttke fragt, ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Stadtgebiet für die Parkplatzüberwachung tätig sind, im Bereich Konfliktdeeskalation besonders geschult werden oder ob es nur rein technische Fortbildungen zur Bedienung der Gerätschaften gibt.

Herr Schmidt weiß, dass es solche Deeskalationsschulungen gibt. Ob diese auch von den in Wedel eingesetzten Kräften besucht wurden oder werden, kann er nicht sagen. Er wird nachfragen und informieren.

Artikel im Wedel-Schulauer-Tageblatt zum Engagement der Telekom in Holm

Frau Jungblut fragt, wieso es möglich ist, die Voraussetzungen für schnelleres Internet in Holm für die Gemeinde kostenlos einzurichten. Wedel muss bezahlen.

Herr Krüppel erwidert, dass die Telekom exakt das in Holm anbietet, was die Stadtwerke in Wedel auch tun, nämlich die Voraussetzungen für schnelleres Internet durch sog. Vectoring zu schaffen. Auch in Wedel kostet dieses die Stadt nichts.

Frage zur Anerkennungen durch die Stadt für engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Beispiel Caudry-Besuch

Herr Wuttke führt aus, dass das letzte „Caudry-Wochenende“ sehr gelungen war. Frau Meyer aus dem Fachdienst Kultur hat nach seinem Eindruck weit über die normale Arbeitszeit hinaus gearbeitet und war sehr engagiert. Gibt es die Möglichkeit einer Anerkennung?

Herr Schmidt antwortet, dass es eine Anerkennung gibt und die Verwaltung dieses grundsätzlich im Blick hat.

Herr Wuttke bittet, dann im Rahmen der Anerkennungsmaßnahme den ausdrücklichen Dank des HFA zu übermitteln.

Herr Dr. Bakan schließt die Öffentlichkeit vor Behandlung der folgenden TOP 10 - 12 aus.

13.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Herr Dr. Bakan unterrichtet die Öffentlichkeit darüber, dass zu TOP 11 der folgende Beschluss gefasst wurde:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Wedel hat den Verkauf des städtischen Grundstücks Breiter Weg ..., Flurstück 63/3, Flur 17, Gemarkung Wedel, mit einer Größe von ca.², an den Erbbauberechtigten zu einem Kaufpreis von ... beschlossen

... übernehmen alle mit der Vertragsdurchführung verbundenen Kosten.



Es ist 22.30 Uhr. Der Vorsitzende verabschiedet alle Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitzende/r

Martina Weisser
Schriftführer/in

Datum der
Unterschrift _____

